




---

## Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2015

(Stand: 15. Februar 2016)

---

1.	Anspruchsberechtigte Parteien .....	1
2.	Berechnung der staatlichen Finanzierung 2015 .....	2
3.	Bund/Länder-Anteil und Staatsquote .....	4

### 1. Anspruchsberechtigte Parteien

Für das Jahr 2015 haben gemäß § 18 Abs. 4 Parteiengesetz (PartG)<sup>1</sup> die folgenden 20 Parteien grundsätzlich Anspruch auf staatliche Finanzierung (Reihenfolge nach den insgesamt bei den jeweils letzten Wahlen zum Bundestag, Europaparlament und zu den Landesparlamenten erzielten Stimmen, vgl. „Wählerstimmenkonto 2015“ zum Stichtag 31. Dezember 2015, ANLAGE 1):

#### Bundestagsparteien

CDU  
SPD  
GRÜNE  
DIE LINKE  
CSU

#### Sonstige Parteien

FDP	PRO NRW
AfD	SSW
PIRATEN	REP
FREIE WÄHLER	BVB/Freie Wähler
NPD	pro Deutschland
Tierschutzpartei	
ÖDP	
FAMILIE	
Die PARTEI	
BP	

---

<sup>1</sup> Das PartG ist im Internet zu finden unter:  
[http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/festsetz\\_staatl\\_mittel/festsetz\\_staatl\\_mittel/199240](http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/festsetz_staatl_mittel/festsetz_staatl_mittel/199240)

---

---

Eine Besonderheit besteht im Fall der Partei *FAMILIE*. Diese hatte ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 nicht bis zum Stichtag 31. Dezember 2015 beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht, wodurch für die Partei gemäß § 19a Abs. 3 Satz 3 PartG der zuwendungsbezogene Anteil der staatlichen Mittel verfallen ist. Da die Partei durch Nachreichen dieses Rechenschaftsberichts bis zum 31. Dezember 2016 ihren Anspruch auf den Wählerstimmenanteil der staatlichen Zuwendungen erhalten kann, wurde dieser Anspruch bei der Festsetzung entsprechend berücksichtigt.

## **2. Berechnung der staatlichen Finanzierung 2015**

Die auf die Parteien entfallenden staatlichen Mittel für das Jahr 2015 sind gemäß der beiliegenden Tabelle „Gesamtübersicht“ berechnet worden (ANLAGE 2).

Die zweite Spalte der Gesamtübersicht enthält das „Stimmenkonto“ der Parteien zum Stichtag 31. Dezember 2015 (§ 19a Abs. 2 PartG, vgl. Anlage 1). Dieses umfasst die Summe der berücksichtigungsfähigen Listenstimmen. Als Mindestwahlergebnis muss eine Partei bei einer Bundestagswahl oder einer Wahl zum Europäischen Parlament 0,5 % der gültigen Listenstimmen und bei einer Landtagswahl mindestens 1,0 % dieser Stimmen erzielt haben.

Die dritte Spalte der Gesamtübersicht enthält die der Berechnung zugrunde zu legenden Zuwendungen. Diese haben die Parteien gemäß § 24 Abs. 8 PartG in dem für die Festsetzung für 2015 maßgebenden Rechenschaftsbericht 2014 gesondert ausgewiesen. Es handelt sich dabei um die Gesamtsumme der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Spenden natürlicher Personen bis zu einem Gesamtbetrag von 3.300 Euro je Person und Jahr.

Die Höhe der staatlichen Teilfinanzierung politischer Parteien bemisst sich nach dem Grad ihrer Verwurzelung in der Gesellschaft. Kriterien hierfür sind zum einen die von den Parteien erzielten Wahlerfolge, zum anderen ihre Ergebnisse bei der Einwerbung von Zuwendungen natürlicher Personen. Mit dem 10. Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 22. Dezember 2015 wurden die staatlichen Zuwendungen auf Bundesebene mit Wirkung ab dem 1. Januar 2016 angehoben, weshalb bereits für die Festsetzung für das Jahr 2015 die höheren Beträge berücksichtigt wurden.

---

Der vierten Spalte der Gesamtübersicht kann die Höhe des Wähleranteils der staatlichen Mittel entnommen werden. Gutgeschrieben werden hier ausweislich des Stimmenkontos einer Partei (Spalte 2) 1,00 Euro je Stimme für die ersten 4 Mio. Gesamtstimmen, darüber hinaus 0,83 Euro je Stimme.

Die fünfte Spalte („Zuwendungsanteil“) enthält den Bezuschussungsbetrag in Bezug auf die in Spalte 3 ausgewiesenen Zuwendungen natürlicher Personen bis 3.300 Euro je Person (0,45 Euro pro „Zuwendungs-Euro“).

Die sechste Spalte der Gesamtübersicht („Summe“) weist die Summe der beiden vorangehenden Spalten „Wähleranteil“ und „Zuwendungsanteil“ aus.

Wegen des aus der Verfassung abgeleiteten Verbots einer überwiegenden staatlichen Parteienfinanzierung darf diese gemäß § 18 Abs. 5 Satz 1 PartG nicht höher sein als die von den Parteien erwirtschafteten Eigeneinnahmen des Vorjahres (§ 19a Abs. 4 PartG). Deshalb ist ein Abgleich der in Spalte 6 errechneten Beträge mit den sich aus den Rechenschaftsberichten für das Jahr 2014 ableitbaren Eigeneinnahmen, die in der siebten Spalte der Gesamtübersicht („Relative Obergrenze“) dargestellt werden, vorzunehmen.

Bei den Parteien *PIRATEN*, *FREIE WÄHLER*, *NPD*, *Tierschutzpartei* und *PRO NRW* waren die Eigeneinnahmen im Jahr 2014 geringer als die für diese Parteien zunächst berechneten staatlichen Finanzierungsbeträge. Das hat zur Folge, dass für diese Parteien die staatliche Finanzierung auf den Betrag ihrer Eigeneinnahmen zu begrenzen ist (§ 18 Abs. 5 Satz 1 PartG).

Da die Gesamtfinanzierungssumme die absolute Obergrenze in Höhe von 159.245.400,00 Euro (vgl. § 18 Abs. 2 Satz 1 PartG) nicht überschreiten darf, sind die für die einzelnen Parteien errechneten Beträge in Spalte 8 („Relevanter Additionsbetrag“) proportional entsprechend zu kürzen. Diese Berechnung ist in der *neunten Spalte der Gesamtübersicht* („Absolute Obergrenze Endbetrag“) vorgenommen worden. Aufgrund dieser proportionalen Kürzungen liegen die tatsächlichen Bezuschussungen von Stimmen und Zuwendungen für alle anspruchsberechtigten Parteien unterhalb der gesetzlich vorgegebenen Bezuschussungswerte.

Gemäß § 19a Abs. 6 PartG erhalten die jeweiligen Landesverbände einer Partei für die bei den entsprechenden Landtagswahlen erzielten gültigen Stimmen 0,50 Euro je Stimme

---

aus Landesmitteln, wobei diese Beträge auf den Gesamtanspruch der Partei auf staatliche Mittel (Spalte 9) angerechnet werden.

Die übrigen staatlichen Mittel stammen aus dem Bundeshaushalt. Diese Beträge sind in der letzten Spalte der Gesamtübersicht („Bundesanteil“) ausgewiesen. Die sich aus dem Bundesanteil unter Anrechnung der bisherigen Abschlagszahlungen ergebenden Schlusszahlungs- bzw. Rückzahlungsbeträge sind als „Schlusszahlung/Rückforderung für 2015“ in der vierten Spalte der Aufstellung „Bund“ (ANLAGE 3) ausgewiesen. Bei den Parteien *PIRATEN*, *FREIE WÄHLER* und *PRO NRW* übersteigt die Rückzahlungsverpflichtung den Betrag der ersten Abschlagszahlung, weshalb gegen diese Parteien entsprechende Rückforderungsansprüche geltend gemacht werden. Der bei der Partei *FAMILIE* als Restforderung ausgewiesene Betrag wird noch nicht zurückgefordert, da die Partei durch Nachreichen des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2014 noch die Möglichkeit hat, dass staatliche Mittel in Höhe des Wählerstimmenanteils für sie festgesetzt werden können.

### **3. Bund-/Länder-Anteil 2015 und Staatsquote 2014**

Die Gesamtbeträge in den beiden letzten Spalten der Gesamtübersicht zeigen, dass bei der Festsetzung 2015 die Länder mit 17.976.423,00 Euro etwa 11,29 % und der Bund mit 141.268.977,00 Mio. Euro etwa 88,71 % der gesamten staatlichen Finanzierung zu tragen haben.

Die Relation zwischen der Summe der für 2014 ausgewiesenen selbst erwirtschafteten Einnahmen (318.423.414,73 Euro - Gesamtbetrag von Spalte 7 „Relative Obergrenze“) und der Summe der staatlichen Finanzierung für 2015 (159.245.400,00 Euro) zeigt, dass die Eigenfinanzierung der anspruchsberechtigten Parteien die Höhe der staatlichen Zuschüsse an diese Parteien um 159.178.014,73 Euro übersteigt. Der Anteil der staatlichen Zuschüsse an den Gesamteinnahmen (318.423.414,73 Euro + 159.245.400,00 Euro = 477.668.814,73 Euro) beträgt somit durchschnittlich ungefähr 33,3 % (Staatsquote).

**Quelle:** Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat PM 3 (Parteienfinanzierung, Landesparlamente)



## Gesamtübersicht

### Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2015 gemäß §§ 18 ff. PartG

(Stand: 21. Januar 2016)

Partei	Stimmenkonto <sup>1)</sup>	Zuwendungen	Wähler- anteil	Zuwendungs- anteil	Summe	Relative Obergrenze	Relevanter Additionsbetrag	Absolute Obergrenze Endbetrag	Verteilung Länder / Bund	
	(§ 19a Abs. 2 PartG)		(§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 u. Satz 2 PartG)	(§ 18 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 PartG)		(§ 18 Abs. 5 PartG, § 19a Abs. 5 PartG)		(§ 18 Abs. 2, § 19a Abs. 5 PartG)	(§ 19a Abs. 6 PartG)	
	Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	Lt. Rechen- schaftsbericht 2014	4 Mio. Wählerstimmen mal 1,00 €, darüber mal 0,83 € (Spalte 2)	0,45 € je 1,00 € Zuwendung (Spalte 3)	Wähler- und Zuwendungsanteil (Spalte 4 + Spalte 5)	Selbst erwirtschaftete Einnahmen lt. Rechnungsbericht 2014	Der niedrigere Betrag aus den Spalten 6 und 7	Kappung bei 159.245.400,00 €	Länderanteil 0,50 € je Wähler- stimme bei den jeweiligen Landtagswahlen lt Wählerstimmenkonto	Bundesanteil übrige Mittel (Spalte 9 - Spalte 10)
	Stichtag: 31.12.2015	€	€	€	€	€	€	€	€	€
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
CDU	33.627.703,0	69.075.899,23	28.590.993,49	31.084.154,65	59.675.148,14	97.861.809,96	59.675.148,14	<b>49.264.633,73</b>	4.946.586,50	44.318.047,23
SPD	29.929.385,5	78.095.513,25	25.521.389,97	35.142.980,96	60.664.370,93	112.184.225,17	60.664.370,93	<b>50.081.283,54</b>	5.336.771,25	44.744.512,29
GRÜNE	11.477.616,5	17.961.345,34	10.206.421,70	8.082.605,40	18.289.027,10	23.454.444,21	18.289.027,10	<b>15.098.449,68</b>	2.322.142,75	12.776.306,93
DIE LINKE	8.194.198,5	12.875.832,65	7.481.184,76	5.794.124,69	13.275.309,45	15.709.923,63	13.275.309,45	<b>10.959.390,60</b>	1.135.022,25	9.824.368,35
CSU	7.629.229,5	20.531.346,94	7.012.260,49	9.239.106,12	16.251.366,61	33.854.695,62	16.251.366,61	<b>13.416.265,37</b>	1.409.106,25	12.007.159,12
FDP	5.157.002,0	12.835.097,34	4.960.311,66	5.775.793,80	10.736.105,46	17.660.505,71	10.736.105,46	<b>8.863.158,61</b>	1.043.314,00	7.819.844,61
AfD	4.689.587,0	3.864.949,20	4.572.357,21	1.739.227,14	6.311.584,35	7.142.696,97	6.311.584,35	<b>5.210.508,91</b>	281.294,00	4.929.214,91
PIRATEN <sup>2)</sup>	2.737.632,0	1.048.385,31	2.737.632,00	471.773,39	3.209.405,39	1.113.759,56	1.113.759,56	<b>919.460,76</b>	676.705,50	242.755,26
FW FREIE WÄHLER <sup>2)</sup>	1.583.821,5	955.427,02	1.583.821,50	429.942,16	2.013.763,66	1.251.725,57	1.251.725,57	<b>1.033.358,17</b>	365.522,25	667.835,92
NPD <sup>2)</sup>	1.176.006,0	1.231.965,54	1.176.006,00	554.384,49	1.730.390,49	1.595.921,93	1.595.921,93	<b>1.317.508,41</b>	157.019,50	1.160.488,91
Die Tierschutzpartei <sup>2)</sup>	425.410,0	183.409,33	425.410,00	82.534,20	507.944,20	184.946,12	184.946,12	<b>152.681,70</b>	29.406,00	123.275,70
ÖDP	304.956,5	1.713.563,00	304.956,50	771.103,35	1.076.059,85	1.765.076,54	1.076.059,85	<b>888.337,88</b>	59.856,25	828.481,63
FAMILIE <sup>3)</sup>	221.735,0	0,00	221.735,00	0,00	221.735,00	0,00	221.735,00	<b>183.052,64</b>	9.466,00	173.586,64
DIE PARTEI	189.151,0	73.488,70	189.151,00	33.069,92	222.220,92	327.251,36	222.220,92	<b>183.453,79</b>	2.221,00	181.232,79
BP	123.750,0	199.137,18	123.750,00	89.611,73	213.361,73	225.330,11	213.361,73	<b>176.140,12</b>	61.875,00	114.265,12
PRO NRW <sup>2)</sup>	118.326,0	143.685,66	118.326,00	64.658,55	182.984,55	156.332,87	156.332,87	<b>129.060,12</b>	59.163,00	69.897,12
SSW	61.025,0	79.740,78	61.025,00	35.883,35	96.908,35	558.922,04	96.908,35	<b>80.002,39</b>	30.512,50	49.489,89
REP	56.723,0	2.997.322,19	56.723,00	1.348.794,99	1.405.517,99	3.065.000,91	1.405.517,99	<b>1.160.321,02</b>	28.361,50	1.131.959,52
BVB/FREIE WÄHLER	26.317,0	182.335,39	26.317,00	82.050,93	108.367,93	216.748,56	108.367,93	<b>89.462,81</b>	13.158,50	76.304,31
pro Deutschland	17.838,0	64.990,31	17.838,00	29.245,64	47.083,64	94.097,89	47.083,64	<b>38.869,75</b>	8.919,00	29.950,75
<b>Gesamt</b>	<b>107.747.413,0</b>	<b>224.113.434,36</b>	<b>95.387.610,28</b>	<b>100.851.045,46</b>	<b>196.238.655,74</b>	<b>318.423.414,73</b>	<b>192.896.853,50</b>	<b>159.245.400,00</b>	<b>17.976.423,00</b>	<b>141.268.977,00</b>

<sup>1)</sup> Der Wählerstimmenanteil berücksichtigt die nach dem bayerischen Wahlrecht erforderliche Ermittlung eines Mittelwerts aus dem Erst- und Zweitstimmenergebnis.

<sup>2)</sup> Der Anspruch der Partei ist gem. § 19a Abs. 5 PartG auf die Summe der selbsterwirtschafteten Einnahmen begrenzt ("relative Obergrenze", vgl. § 18 Abs. 5 PartG).

<sup>3)</sup> Die Partei hat bislang keinen Rechnungsbericht für das Jahr 2014 eingereicht, so dass gemäß § 19a Abs. 1 Satz 2 PartG zum 15. Februar 2016 für sie keine staatlichen Mittel festgesetzt werden dürfen.

**Bund**

**Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2015**  
**sowie Berechnung der Abschlagszahlungen 2016 gemäß §§ 18 ff. PartG**

(Stand: 26. Januar 2016)

Partei	Bundesanteil	Abschlagszahlungen 2015	Schlusszahlung/ Rückforderung für 2015	Höhe der einzelnen Abschlagszahlungen 2016
	Lt. Gesamtübersicht, Spalte 11	Summe	Bundesanteil abzüglich Abschlagszahlungen 2015 (Spalte 2 - Spalte 3)	25 % des Bundesanteils (25 % von Spalte 2)
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
CDU	44.318.047,23	42.922.803,00	1.395.244,23	11.079.511,81
SPD	44.744.512,29	43.293.942,60	1.450.569,69	11.186.128,07
GRÜNE	12.776.306,93	12.489.086,68	287.220,25	3.194.076,73
DIE LINKE	9.824.368,35	9.591.433,32	232.935,03	2.456.092,09
CSU	12.007.159,12	11.288.161,72	718.997,40	3.001.789,78
FDP	7.819.844,61	8.165.343,84	- 345.499,23	1.954.961,15
AfD	4.929.214,91	5.158.079,60	- 228.864,69	1.232.303,73
PIRATEN	242.755,26	939.345,00	- 696.589,74	60.688,82
FREIE WÄHLER	667.835,92	1.283.110,08	- 615.274,16	166.958,98
NPD	1.160.488,91	1.256.412,36	- 95.923,45	290.122,23
Tierschutzpartei	123.275,70	130.022,20	- 6.746,50	30.818,93
ÖDP	828.481,63	781.687,48	46.794,15	207.120,41
FAMILIE <sup>1)</sup>	173.586,64	124.299,00	- 124.299,00	0,00
Die PARTEI	181.232,79	56.444,04	124.788,75	45.308,20
BP	114.265,12	112.311,88	1.953,24	28.566,28
PRO NRW	69.897,12	69.222,60	674,52	17.474,28
SSW	49.489,89	50.595,48	- 1.105,59	12.372,47
REP	1.131.959,52	966.876,76	165.082,76	282.989,88
BVB/Freie Wähler	76.304,31	38.082,84	38.221,47	19.076,08
pro Deutschland	29.950,75	45.915,60	- 15.964,85	7.487,69
<b>Gesamt</b>	<b>141.268.977,00</b>	<b>138.763.176,08</b>	<b>2.332.214,28</b>	<b>35.273.847,61</b>

1) Die Partei hat bislang keinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 eingereicht, so dass gemäß § 19a Abs. 1 Satz 2 PartG zum 15. Februar 2016 für sie keine staatlichen Mittel festgesetzt werden dürfen. Die im Jahr 2015 geleisteten Abschlagszahlungen sind gemäß § 20 Abs. 2 Satz 1 PartG zurück zu fordern.